

# **SCHULVERFASSUNG UND SCHULVERWALTUNG in Österreich und in Europa**

von

**Dr. Markus Juranek**

**Band II**

**Zur Entwicklung einer europäischen  
Schulverwaltung**



Verlag Österreich

**Wien 1999**

# Inhaltsverzeichnis

## Band I

Vorwort . . . . .	3
Inhaltsverzeichnis . . . . .	7
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	35
Was Sie alles erwartet - Eine Einführung . . . . .	43
1. Was wäre, wenn es kein Schulrecht gäbe . . . . .	43
2. Ein Themenüberblick . . . . .	45
3. Von der Unmöglichkeit wissenschaftlicher Methodenreinheit . . . . .	48
4. Am Anfang bereits auf das Ganze . . . . .	49
5. Ein Beitrag für eine gerechte Schule . . . . .	51

### **I. Kapitel: Geschichte und Menschenrechte als Wurzeln der österreichischen Schulverwaltung**

1. Von Maria Theresia bis zur Märzrevolution 1848 . . . . .	54
2. Eine Zeit rascher Veränderungen: 1848 bis 1867 . . . . .	59
3. Die Dezemberverfassung 1867 . . . . .	62
3.1. Die Reichsvertretung . . . . .	63
3.2. Die Regierungs- und Vollzugsgewalt . . . . .	63
3.3. Die allgemeinen Rechte der Staatsbürger . . . . .	64
4. Neue Formen der Schulverwaltung nach 1868 . . . . .	66
4.1. Das Ministerium für Cultus und Unterricht . . . . .	66
4.2. Die Landesschulbehörden . . . . .	67
4.3. Die Bezirks- und Ortsschulräte . . . . .	69
5. Die Entwicklung von 1918 bis 1945 . . . . .	69
5.1. Die Schul Verwaltung in der jungen Republik 1918 bis 1933 . . . . .	69
5.1.1. Das Ringen um den Wiener Stadtschulrat . . . . .	73
5.1.2. Die Bundesverfassungsnovelle 1929 . . . . .	74
5.1.3. Sondersituation im Burgenland . . . . .	75
5.2. Die autoritäre Gestaltung der Schul Verwaltung im Ständestaat (1933-1938) . . . . .	77
5.3. Die Zerschlagung der demokratischen Schulverwaltung (1938- 1945) . . . . .	78
6. Die Neuordnung der Schulverwaltung nach 1945 . . . . .	79
6.1. Die Wiedereinsetzung . . . . .	79
6.2. Erste Neuregelungen . . . . .	81
7. Der Geist der Schulgesetze von 1962 . . . . .	84
7.1. Beseitigung des Provisoriums . . . . .	85
7.2. Kompromiß und Ausgleich . . . . .	86
7.3. Wahrung der Einheitlichkeit in der Vielfalt . . . . .	87

7.4.	Privatschulen	88
7.5.	Zweiter Bildungsweg	89
7.6.	Quorenschutz	89
7.7.	Der Geist des Zentralismus und der Großen Koalition	90
8.	Gibt es eine Weiterentwicklung der Schul Verwaltung nach 1962?	91
8.1.	Die Konstanz der äußeren Verwaltungsstrukturen	91
8.2.	Die Einrichtung der Schulreformkommission	92
8.3.	Veränderungen in der zentralen Schulverwaltung	92
8.4.	Ein großer Reformbereich: Die Hochschulverwaltung	93
8.5.	Innere Strukturen in Entwicklung	93
8.6.	Das Spannungsfeld zwischen inneren und äußeren Strukturen	94
9.	Ausweitung der Menschenrechte und Grundfreiheiten im Bildungsbereich	95
9.1.	Verstärkung des Grundrechtsschutzes durch die Menschenrechtskonvention	96
9.1.1.	Die Weiterentwicklung der Grundrechtssituation	96
9.1.2.	Das erste regional-supranationale Rechtsschutzsystem	97
9.1.3.	Der Schüler als Grundrechtsträger	98
9.2.	Unterrichtsfreiheit, Recht auf Bildung und Elternrecht	101
9.2.1.	Der Grundsatz der Unterrichtsfreiheit	102
9.2.2.	Das Recht auf Bildung	103
9.2.3.	Das Elternrecht	104
9.2.4.	Gemeinsame Elemente von Bildungs- und Elternrecht	106
9.3.	Weitere grundrechtliche Begrenzungen der österreichischen Schulpolitik	107
9.3.1.	Vereins- und Versammlungsfreiheit	108
9.3.2.	Kommunikationsfreiheit	109
9.3.3.	Freiheit der Wissenschaft	111
9.3.4.	Freiheit der Kunst	111
9.3.5.	Freiheit der Berufswahl und der Berufsausbildung	112
9.3.6.	Religiöse Freiheitsrechte	113
9.3.6.1.	Glaubens- und Gewissensfreiheit	113
9.3.6.2.	Rechtsstellung der Kirchen und Religionsgesellschaften	115
9.3.6.3.	Die Sonderstellung der katholischen Kirche	117
9.4.	Minderheitenrechte im Schulwesen	118
9.4.1.	Artikel 19 Staatsgrundgesetz 1867	118
9.4.2.	Minderheitenschulartikel im Staatsvertrag von St. Germain	119
9.4.3.	Artikel 7 Staatsvertrag 1955	120
9.4.4.	Die Minderheitenschulgesetze	124
9.4.5.	Minderheitenschutz als Wertentscheidung	125
9.5.	Allgemeine Grundrechtswirkungen im Schulwesen	126
9.5.1.	Verfahrensgrundrechte	126
9.5.2.	Gleichheits- und Sachlichkeitsgebot	127
9.5.2.1.	Vertrauensschutz, Willkürverbot und Verhältnismäßigkeitsprinzip	129
9.5.2.2.	Die hauswirtschaftliche Berufsschulpflicht für Mädchen in Vorarlberg	130
9.5.3.	Schutz der persönlichen Freiheit sowie Verbot unmenschlicher Behandlung	131
9.5.4.	Gleicher Zugang zu öffentlichen Ämtern	133

9.5.5.	Achtung des Privat- und Familienlebens. . . . .	134
9.5.6.	Freizügigkeit und Freiheit des Aufenthaltes. . . . .	135
9.5.7.	Schutz des Brief- und Fernmeldegeheimnisses. . . . .	135
9.5.8.	Eigentum. . . . .	135
9.5.9.	Datenschutz. . . . .	136
9.6.	Die Hüter der Grundrechte. . . . .	138
9.6.1.	Der Verfassungsgerichtshof. . . . .	138
9.6.2.	Rechtsschutzeinrichtungen der Menschenrechtskonvention. . . . .	139
9.6.3.	Europäischer Gerichtshof. . . . .	140
9.7.	Grundrechte als Bildungsauftrag. . . . .	143
10.	Die wichtigsten Rechtsquellen des Schulrechtes. . . . .	144

## II. Kapitel: Schule und Schulverwaltung

1.	Ein Einstieg in die Begriffsbildung. . . . .	149
1.1.	Das staatsbildende Element „Kultur“. . . . .	149
1.2.	Schule als Teil der Kultur. . . . .	150
1.3.	Kulturverfassungsrecht. . . . .	150
1.4.	Kulturhoheit im Bundesstaat. . . . .	151
1.5.	Bildungs(verfassungs)recht. . . . .	152
1.6.	Schulverfassung. . . . .	152
1.7.	Schulverwaltung und Kulturverwaltung. . . . .	153
iv	1.8. Universität und Hochschule. . . . .	154
jk	1.9. Erwachsenenbildung und „sonstige Erziehungswesen“. . . . .	156
<\$ i	1.10. Kindergarten und Hort. . . . .	156
\$>i	<b>1.11.</b> Schüler- und Studentenheime. . . . .	157
	1.12. Schulwesen im engeren Sinn. . . . .	158
Mt	<b>1-13.</b> Schulverwaltung. . . . .	158
	<b>1.14.</b> Schulrecht. . . . .	159
	<b>1.15.</b> Innere und äußere Schulangelegenheiten. . . . .	160
	<b>1.16.</b> Minderheitenschulrecht. . . . .	160
Ejer	Begriff der Schule in den Rechtsnormen. . . . .	161
	2.1. Schule als Alltagsbegriff. . . . .	161
	2.2. Das Fehlen einer Verfassungsdefinition. . . . .	162
	2.2.1. Schule aus dem Blickwinkel der Versteinerungstheorie. . . . .	162
	<b>2.2-2.</b> Interpretationshilfe aus dem Staatsgrundgesetz 1867. . . . .	164
	<b>2.2.2.1.</b> Schule als Unterrichts- und Erziehungsanstalt. . . . .	164
£.2.2.2.	Die „privaten“ schulischen Einrichtungen von Gebietskörperschaften. . . . .	165
34-2.3.	Häuslicher Unterricht. . . . .	167
<b>2,2,3,</b>	Ein Rechtssatz über pädagogische und erzieherische Ziele. . . . .	168
2.3.	Einfachgesetzliche Elemente einer Schuldefinition. . . . .	169
<b>23,1,</b>	Schulcharakteristika im Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz... . . . .	169
2,3..2.	Schulessentialia im Privatschulgesetz. . . . .	170

2.3.2.2.	Eine Mehrzahl von Schülern . . . . .	171
2.3.2.3.	Gemeinsamer Unterricht versus Fernunterricht . . . . .	171
2.3.2.4.	Lehrziel und Lehrplan. . . . .	172
2.3.2.5.	Die Lehrkraft . . . . .	173
2.3.2.6.	Vermittlung von Fertigkeiten . . . . .	173
2.3.2.7.	Erziehungsziel . . . . .	173
2.3.3.	Orientierung an § 2 Schulorganisationsgesetz . . . . .	175
2.3.4.	Ein einheitlicher Schulbegriff. . . . .	177
2.3.5.	Priesterseminare . . . . .	177
3.	Schulrechtsrelevante Begriffe aus dem allgemeinen Verwaltungsrecht . . . . .	178
3.1.	Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts. . . . .	179
3.1.1.	Das Wesen der juristischen Person im allgemeinen . . . . .	179
3.1.2.	Die juristischen Personen des öffentlichen Rechts. . . . .	180
3.1.2.1.	Die Hauptarten . . . . .	181
3.1.2.2.	Die Rechtsträger . . . . .	182
3.1.3.	Verwandte Organisationsformen . . . . .	183
3.1.3.1.	Die öffentliche Unternehmung . . . . .	183
3.1.3.2.	Das öffentlich-rechtlich beliehene Unternehmen . . . . .	184
3.1.3.3.	Der Verwaltungshelfer . . . . .	184
3.1.3.4.	Die relativ unabhängige Verwaltungseinheit . . . . .	185
3.2.	Rechts- und Handlungsfähigkeit von juristischen Personen . . . . .	185
3.3.	Organisationsgewalt von Rechtsträgern . . . . .	186
3.4.	Das Legalitätsprinzip . . . . .	189
3.4.1.	Der rechtsstaatliche Gehalt des Legalitätsprinzips. . . . .	189
3.4.2.	Legalitätsprinzip, besonderes Gewaltverhältnis und besonderes Rechtsverhältnis. . . . .	191
3.4.2.1.	Abschied vom besonderen Gewaltverhältnis . . . . .	191
3.4.2.2.	Die uneingeschränkte Gesetzesbindung . . . . .	192
3.4.2.3.	Ein besonderes Rechtsverhältnis. . . . .	193
3.4.3.	Das Fehlen eines Individualanspruches auf gesetzmäßigen Unter- richt . . . . .	194
3.4.4.	Legalitätsprinzip und Organisationsgewalt . . . . .	195
3.5.	Dienststelle, Behörde, Amt . . . . .	197
3.5.1.	Die unterschiedliche Qualität der Schulverwaltungsorgane . . . . .	197
3.5.2.	Die Behörden in der Schulverwaltung . . . . .	198
3.5.3.	Sachliche und örtliche Zuständigkeit . . . . .	199
3.6.	Weisung als Führungsinstrument . . . . .	200
3.6.1.	Weisung als Abgrenzungsmerkmal . . . . .	201
3.6.2.	Der verfassungsrechtliche Begriff der Weisung . . . . .	203
3.6.3.	Die Abgrenzung von Rechts- und Verwaltungsverordnung am Beispiel der Zuständigkeiten der Schulratskollegien . . . . .	204
3.6.4.	Wesentliche Elemente einer Weisung . . . . .	205
3.6.5.	Der Begriff des Vorgesetzten . . . . .	207
3.6.6.	Ablehnung der Befolgung einer Weisung . . . . .	208
3.6.7.	Weisungsgebundenheit von Kollegialorganen . . . . .	210
3.6.8.	Die Weisung im kooperativen Führungsstil . . . . .	211
4.	Schule als Anstalt und Behörde. . . . .	211
4.1.	Der Anstaltscharakter der Schule. . . . .	212

4.1.1.	Der Begriff der Anstalt	212
4.1.2.	Selbständige oder unselbständige Anstalt	213
4.1.3.	Das Schulrechtsverhältnis als Anstaltsnutzungsverhältnis	216
4.1.3.1.	Der Anstaltsträger	216
4.1.3.2.	Ein bedingter Aufnahmeanspruch	217
4.1.3.3.	Parteistellung von Schülern und Erziehungsberechtigten	218
4.1.3.4.	Die Anstaltsgewalt	218
4.2.	Der Behördencharakter der Schule	219
4.2.1.	Geltung der Grundprinzipien der Staatsfunktion Verwaltung	219
4.2.2.	Hoheitliche Befugnisse der Schule	220
4.2.2.1.	Entscheidungskompetenz und Befehlsgewalt schulischer Organe	220
4.2.2.2.	Bescheidcharakter, Rechtskraft und Bindungswirkung schulischer Entscheidungen	220
4.2.2.3.	Ausstellen von öffentlichen Urkunden	223
4.2.2.4.	Verordnungskraft schulischer Organe	224
4.3.	Die Schule als neue „Schulbehörde erster Instanz“	226
5.	Privatwirtschaftsverwaltung und Schule	226
5.1.	Der Anteil der Privatwirtschaftsverwaltung an der Schulverwaltung	226
5.2.	Abgrenzung Hoheitsverwaltung - Privatwirtschaftsverwaltung	227
5.3.	Gesetzliche Determinierung der Privatwirtschaftsverwaltung	231
5.4.	Das Bundesfinanzgesetz	232
5.5.	Das Rücksichtnahmegebot	233
5.6.	Drittwirkung und Fiskalgeltung der Grundrechte	235
5.6.1.	Mittelbare Drittwirkung	236
5.6.2.	Kontrahierungszwang	237
5.7.	Weitere Verfassungsbindungen der Privatwirtschaftsverwaltung	239
5.8.	Handlungsformen der Privatwirtschaftsverwaltung	240
6.	Das Privatschulrecht	240
6.1.	Abgrenzung der öffentlichen und privaten Schulen	240
6.1.1.	Der gesetzliche Schulerhalter	241
6.1.2.	Kompetenzrechtliche Bedeutung der Abgrenzung	241
6.1.3.	Allgemeine Zugänglichkeit von Privatschulen öffentlich-rechtlicher Trägerschaft	243
6.2.	Gleichartigkeit oder Gleichwertigkeit der Privatschule	244
6.3.	Verleihung von Berechtigungen und anderen Rechts Wirkungen	247
6.3.1.	Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht und geregelter Schularbeitbezeichnung	248
W\ 6.3.2.	Statutschulen	249
6.3.3.	Privatschulen als öffentlich-rechtlich beliehenes Unternehmen	250
<b>6.3.3.1.</b>	<b>Der Rechtscharakter der beliehenen Privatschule</b>	<b>251</b>
#3.3.2.	Weisungsgebundenheit der beliehenen Privatschule	252
6.4.	Subventionierung von Privatschulen	253
6.5.	Aufsicht über die Privatschulen	257
6.6.	Privatschulähnliche Einrichtungen im Berufsaufstiegsgesetz	259
<b>6.6.1.</b>	<b>Vorbereitungslehrgänge und Teilprüfungen an einer Erwachsenen-schule</b>	<b>259</b>
<b>6.6.2.</b>	<b>Die Fachakademie</b>	<b>260</b>

6.7.	Vor- und Nachteile der Privatschule. . . . .	262
	Schul Verwaltung als Fiskal-, Leistungs-, und Vorsorgeverwaltung. . . . .	263
7.1.	Die Vielfalt staatlichen Handelns. . . . .	263
7.2.	Elemente der Eingriffs-/Ordnungsverwaltung auch in der Schule ..	265
7.3.	Schule braucht Fiskalverwaltung. . . . .	265
7.4.	Leistungsverwaltung in der Schule. . . . .	267
7.5.	Schule als Teil der Vorsorgeverwaltung. . . . .	268
7.6.	Die Vielgesichtigkeit der Schul Verwaltung. . . . .	269

### **III. Kapitel: Schulautonomie und innere Schulverwaltung**

1.	Dezentralisierung - Deregulierung - Regionalisierung - Autonomisierung - Selbstverwaltung. . . . .	271
1.1.	Dezentralisierung. . . . .	271
1.2.	Deregulierung. . . . .	272
1.3.	Regionalisierung und Föderalisierung. . . . .	273
1.4.	Autonomie und Selbstverwaltung. . . . .	276
1.4.1.	Der Begriff der Selbstverwaltung. . . . .	276
1.4.2.	Der Begriff der Autonomie. . . . .	277
1.4.3.	Weisungsgebundenheit und Weisungsfreiheit in der Selbstverwaltung. . . . .	279
1.4.4.	Weitere charakteristische Elemente von Selbstverwaltungseinrichtungen. . . . .	280
1.4.5.	Was bedeutet Selbstverwaltung oder Autonomie für die Schule?... 281	
2.	Veränderungen in der Schulverwaltung seit 1991 oder das Werden der österreichischen Schulautonomie. . . . .	284
2.1.	Der Anfang des Reformweges. . . . .	284
2.2.	Schulautonome Lehrpläne. . . . .	285
2.2.1.	Schulautonome Lehrplanbestimmungen an allgemeinbildenden Schulen. . . . .	286
2.2.2.	Schulautonome Lehrplanbestimmungen an berufsbildenden Schulen. . . . .	287
2.2.3.	Schulautonome Lehrplan- Sparkürzungen. . . . .	289
2.2.4.	Die „Tiroler Landhauptschule“ als schulautonome Möglichkeit ... 289	
2.3.	Schulautonome Klassenteilungen und „Lehrerwochenstundenkontingente“. . . . .	290
2.3.1.	Schuleigene Entscheidungen über die Schulorganisation. . . . .	290
2.3.2.	Die Lehrerwochenstunden-Kontingente. . . . .	291
2.4.	Bewegung in den Schulzeitregelungen. . . . .	292
2.5.	Neue Regelungen für Schulveranstaltungen. . . . .	293
2.6.	Dezentralisierung in der Budgetverwaltung des Bundes. . . . .	294
2.6.1.	Anweisungsermächtigung für Landesschulräte und Bundesschulen... 294	
2.6.2.	Neuordnung der Investitionsplanung für Bundesschulen. . . . .	295
2.7.	Die zweckgebundene Gebarung für Bundesschulen. . . . .	297
2.7.1.	Die Ermächtigung zur Schulraumüberlassung. . . . .	297

2.7.2.	Schulsponsoring und andere Drittmittel . . . . .	298
2.8.	Das Schulgesetzkpaket 1996 . . . . .	300
2.9.	Das Schulunterrichtsgesetz für Berufstätige . . . . .	304
2.9.1.	Deregulierung im SchUG-B. . . . .	305
2.9.2.	Dezentralisierung im SchUG-B. . . . .	307
2.9.3.	Autonomisierung im SchUG-B. . . . .	308
2.10.	Erste schulische Mitwirkungsrechte im Lehrerdienstrecht und in der Leiterbestellung . . . . .	309
2.11.	Die Teilrechtsfähigkeit . . . . .	311
2.11.1.	Der Umfang der Teilrechtsfähigkeit . . . . .	311
2.11.2.	Die teilrechtsfähige Einrichtung als juristische Person. . . . .	313
2.11.3.	Haftung in der Teilrechtsfähigkeit . . . . .	314
2.11.4.	Schenkung an eine Schule unter „Auflage“. . . . .	316
2.11.5.	Die „Teilrechtsfähigkeit“ als Vollrechtsfähigkeit . . . . .	317
2.12.	Flexibilisierung bei Unterrichtsmitteln und Schuleingangsphase... . . . .	318
2.12.1.	Die Schulbuchreform 1998 . . . . .	318
2.12.2.	Schulstufenwechsel in einer variablen Grundstufe I . . . . .	319
2.12.3.	Leistungsbeurteilung mit Ziffern und Beschreibung . . . . .	320
2.13.	Rechtliche Qualifizierung der Schulautonomie nach derzeitigem Entwicklungsstand . . . . .	320
3.	Die innere Schulverwaltung. . . . .	323
3.1.	Besondere Verwaltungsfunktionen der inneren Schul Verwaltung... . . . .	324
3.1.1.	Der Schulleiter. . . . .	324
3.1.2.	Die Schuldirektion/Büro. . . . .	326
3.1.3.	Leitende Lehrerfunktionen. . . . .	327
3.1.4.	Kustos. . . . .	328
3.1.5.	Klassenvorstand . . . . .	329
3.1.6.	Studienkoordinator. . . . .	329
3.1.7.	Prüfungskommissionen . . . . .	330
3.1.8.	Funktionsverpflichtung . . . . .	330
3.2.	Die Lehrerkonferenzen . . . . .	331
3.3.	Die Organe der Schulpartnerschaft . . . . .	332
3.3.1.	Die Entwicklung der Schulpartnerschaft . . . . .	332
3.3.2.	Klassenforum, Schulforum, Schulgemeinschaftsausschuß . . . . .	334
3.3.2.1.	Zusammensetzung . . . . .	334
3.3.2.2.	Kompetenzen . . . . .	335
3.3.3.	Die Elternvereine . . . . .	336
3.3.4.	Partizipation in der Schule. . . . .	337
3.4.	Die Tätigkeiten des Lehrers aus rechtlicher Sicht . . . . .	339
4»L	Unterrichts- und Erziehungsarbeit des Lehrers. . . . .	340
IJ1.	Aufsichtspflicht . . . . .	340
	Der Lehrer als Gutachter und Sachverständiger. . . . .	341
1.	Der Sachverständige und sein Gutachten. . . . .	341
	<b>Der Sachverständigenbegriff</b> . . . . .	341
1.1.2.	Grundanforderungen an ein Gutachten . . . . .	342
	Schulnoten als Gutachten . . . . .	343
L1.	Möglichkeiten und Grenzen der Kontrolle schulischer Prüfungs- entscheidungen . . . . .	345



4.3.2.2.	Funktionen der Leistungsbeurteilung . . . . .	347
4.3.3.	Sonstige Gutachten und Leistungsprognosen des Lehrers. . . . .	348
4.4.	Der Lehrer als Mitglied von Prüfungskommissionen. . . . .	349
4.5.	Der Lehrer als Entscheidungsträger. . . . .	351
4.6.	Administrative Aufgaben. . . . .	352
	Die Weisungsgebundenheit des Lehrers. . . . .	353
5.1.	Weisungsbefolgung bei administrativen Aufgaben. . . . .	355
5.2.	Weisungen in Unterrichts- und Erziehungsaufgaben. . . . .	355
5.3.	Weisungen zur Führung der Aufsichtspflicht . . . . .	359
5.4.	Gehorsamspflicht bei Gutachtertätigkeiten. . . . .	360
5.5.	Die pädagogische Freiheit des Lehrers. . . . .	362
	Einordnung von Schule und Lehrer in das Verwaltungshandeln des Staates ..	363
6.1.	Verfahrensfreie Verwaltungsakte. . . . .	364
6.2.	Abgrenzung von Hoheitsverwaltung, schlichter Hoheitsverwaltung und nichthoheitlichem Verwaltungshandeln. . . . .	367
6.2.1.	Ein „Surfen“ zwischen Rechtsformen. . . . .	367
6.2.2.	Der rechtliche Auftrag zu pädagogischem Handeln. . . . .	369
6.2.3.	Unterricht und Erziehung als „schlichte“ Hoheitsverwaltung. . . . .	370
6.3.	Der Rechtsschutz durch die Amtshaftung. . . . .	374

## **IV. Kapitel: Die Schule im österreichischen Bundesstaat**

Österreich als Bundesstaat . . . . .	377
1.1. Bundesstaatstheorien. . . . .	377
1.2. Die Stellung der österreichischen Bundesländer. . . . .	382
1.2.1. Die Länder in der Monarchie bis 1918. . . . .	383
1.2.2. Die Rolle der Länder bei der Staatsgründung der Republik. . . . .	385
1.2.3. Das Verhältnis von Bundesverfassung und Landesverfassung. . . . .	389
1.2.4. Österreich - ein echter Bundesstaat. . . . .	391
Einbettung der Schule in das System der Kompetenzverteilung . . . . .	394
2.1. Das Kernstück der Bundesverfassung. . . . .	394
2.2. Staatsfunktionen und das Prinzip der Gewaltentrennung. . . . .	396
2.3. Die Kompetenz - Kompetenz. . . . .	398
2.4. Das Zusammenwirken von Nationalrat und Bundesrat. . . . .	399
2.5. Das Einspruchsrecht des Bundes gegen Landesgesetze. . . . .	400
Der Kompetenztatbestand Schulwesen. . . . .	402
3.1. Staatliche Schulhoheit und Erziehungsauftrag des Staates. . . . .	402
3.2. Übersicht über den Aufbau der Schulkompetenzartikel. . . . .	404
3.3. Besondere Beschlußfassungserfordernisse bei Schulgesetzen. . . . .	406
3.4. Die Generalklauseln in der Kompetenzverteilung. . . . .	407
3.4.1. Die Entwicklung der Schulkompetenzen Richtung Zentralismus... . . . .	407
3.4.1.1. Die Schulkompetenzen in der Monarchie. . . . .	407
3.4.1.2. Kompetenzverschiebungen für den Bund. . . . .	408
3.4.1.3. Generalklauseln für Bund und Länder. . . . .	409
3.4.2. Wesentliche Inhalte der Generalklausel für den Bund. . . . .	410

3.4.3.	Das Hochschulwesen in den Generalklauseln	411
3.4.4.	Die Kompetenz für Schülerheime	413
Die Ausnahmen zu den Generalklauseln im Schulwesen		414
4.1.	Gesetzgebung Bund - Vollziehung Land	414
4.1.1.	Landeslehrerdienstrecht	414
4.1.2.	Grundsatzgesetzähnliche Ermächtigungen	415
4.1.3.	Finanzausgleichsregelungen in der Lehrerbildung	417
4.2.	Grundsatzgesetzgebung Bund - Ausführungsgesetze und Vollziehung Land	419
4.2.1.	Der Kompetenztypus der Grundsatzgesetzgebung und Ausführungsgesetzgebung	419
4.2.1.1.	Die Wirkungsweise	419
4.2.1.2.	Der Sitz des Grundsatzkompetenztypus im B-VG	420
4.2.1.3.	Das Verhältnis von Grundsatz- und Ausführungsgesetz	421
4.2.2.	Zusammensetzung und Gliederung der Schulratskollegien	423
4.2.3.	Äußere Organisation der öffentlichen Pflichtschulen	425
4.2.3.1.	Der Begriff der „äußeren Organisation“	425
4.2.3.2.	Die Aufteilung der Organisationskompetenz	428
4.2.3.3.	Schulerrichtung und Schulerhaltung	430
4.2.3.4.	Bereitstellung von Hilfs- und Pflegepersonal	431
4.2.3.5.	Sonderpädagogische Zentren	433
4.2.3.6.	Der Schulerhalterbegriff im Privatschulrecht	434
4.2.3.7.	Schulerhalter Bund und die Schulerhalter der öffentlichen Pflichtschule	434
4.2.4.	Anstellungserfordernisse für Erzieher und Kindergärtnerinnen	435
4.3.	Gesetzgebung und Vollziehung Land	435
4.3.1.	Behördenzuständigkeit im Pflichtschullehrerbereich	436
4.3.2.	Das Kindergarten- und Hortwesen	438
4.4.	Bundesvorbehalte in Schulkompetenzen der Länder	440
4.4.1.	Übungsschulen, Übungskindergärten und Übungshorte	440
• 4.4.2.	Sonderinstitute	441
• 4.4.3.	Bausachen betreffend Bundesgebäude	442
• 4.4.4.	Devolution von Landesangelegenheiten an den Bund	442
) 4.5.	Land- und forstwirtschaftliches Schulwesen	442
*i 4.5.1.	Reine Bundeskompetenzen	443
4.5.2.	Gemischte Kompetenzbereiche	444
4.5.3.	Zustimmungsrechte - ein Musterbeispiel für Kompetenzverschränkungen	446
4.5.4.	Die Fortsetzung des „Schulkompromisses“	447
4.6.	Zwei besondere schulrechtliche Annexmaterien	448
4.6.1.	Schulzeitkompetenz	448
4.6.2.	Schulversuchskompetenz	449
<b>Dienst- und Personalvertretungsrecht</b>		452
5.1.	Lehrerdienstrecht und Verwaltungsdienstrecht	452
5.2.	Leitungsfunktionen auf Zeit	454
5.3.	Kompetenzregelungen des Dienst- und Personalvertretungsrechtes im Überblick	455
5.4.	Wahrung der Einheitlichkeit des Lehrerdienstrechtes	456

6. Aufsichtsrechte des Bundes in Landesangelegenheiten . . . . .	457
7. Minderheitenschulverfassung . . . . .	459
7.1. Minderheitenrechte als Teil des Kompetenztatbestandes „Bundesverfassung“ . . . . .	460
7.2. Das Minderheiten-Schulgesetz für Kärnten . . . . .	461
7.3. Das Minderheiten-Schulgesetz für Burgenland . . . . .	462
8. Die Kompetenz zur Privatwirtschaftsverwaltung . . . . .	462
9. Regelungen für Anstalten zur Unterweisung in bloßen Fertigkeiten . . . . .	464
10. Volksbildung, Fernunterricht und außerschulisches Erziehungswesen - die Fortsetzung eines Provisoriums . . . . .	464
10.1. Der Kompetenztatbestand „Volksbildung“ . . . . .	464
10.1.1. Das Provisorium . . . . .	464
10.1.2. Eine „monarchische“ Versteinerung . . . . .	465
10.1.3. Von der Volksbildung zur Erwachsenenbildung . . . . .	466
10.2. Fernunterricht als Element der Volksbildung . . . . .	466
10.3. Außerschulische Jugenderziehung . . . . .	467
11. Eine ausgeprägte Kompetenzlandschaft . . . . .	468
12. Die Finanzierung des Schulwesens . . . . .	472
12.1. Grundsätze der Finanzverfassung und des Finanzausgleichs . . . . .	473
12.2. Besondere Kostentragsregeln in der Schul Verwaltung . . . . .	475
12.3. Eine föderalistische Umsetzung des § 2 F-VG in der Schulverwaltung . . . . .	478
12.4. Der Konsultationsmechanismus . . . . .	479
13. Differenzierter und kooperativer Bundesstaat in Schulverfassung und Schulverwaltung . . . . .	480
13.1. Bundesstaatliche Differenzierungen im Schulwesen . . . . .	481
13.2. Das Schulwesen als Querschnittsmaterie . . . . .	487
13.3. Elemente eines kooperativen Bundesstaates im österreichischen Schulwesen . . . . .	488
13.3.1. Zur Begriffsbildung . . . . .	489
13.3.2. Koordinierte Gesetzgebung . . . . .	489
13.3.3. Staatsrechtliche Vereinbarungen (Art 15a B-VG) . . . . .	490
13.3.4. Verwaltungsrechtliche Verträge . . . . .	492
13.3.5. Koordinierung im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung . . . . .	494
13.3.6. Kooperation in Schulpolitik und Schulverwaltung . . . . .	495
14. Grundregeln der Verfassungsinterpretation . . . . .	497
14.1. Kompetenzkonkurrenz trotz strikter Kompetenztrennung . . . . .	499
14.2. Versteinerungstheorie . . . . .	501
14.3. Gesichtspunktetheorie . . . . .	502
14.4. Adhäsionsprinzip . . . . .	503
14.5. Berücksichtigungsprinzip . . . . .	503
14.6. Föderalistische Interpretationsmaxime . . . . .	504

## V. Kapitel: Die österreichischen Schulbehörden

1. Die obersten Organe der Bundesverwaltung im Schulwesen . . . . .	508
1.1. Der Bundespräsident . . . . .	509
1.2. Die Bundesregierung . . . . .	511
2. Die zentrale Bundesschul Verwaltung . . . . .	514
2.1. Das Verhältnis zwischen Bundesminister und „seinem“ Bundes- ministerium . . . . .	514
2.2. Das Bundesministeriengesetz . . . . .	515
2.2.1. Eine kodifizierte Aufgabenverteilung . . . . .	515
2.2.2. Die innere Gliederung der Bundesministerien . . . . .	517
2.3. Welche Bundesministerien betreuen die Schule? . . . . .	518
2.3.1. Das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegen- heiten . . . . .	519
2.3.1.1. Die Kompetenzen . . . . .	519
2.3.1.2. Dienst- und Fachaufsicht . . . . .	521
2.3.1.3. Das Unterrichtsministerium als Schulbehörde erster Instanz . . . . .	522
2.3.1.4. Beratungsorgane beim Unterrichtsministerium . . . . .	523
2.3.2. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft . . . . .	525
2.3.2.1. Die land- und forstwirtschaftlichen Bundesschulen . . . . .	525
2.3.2.2. Das Land- und Forstwirtschaftliche Bundesschulgesetz . . . . .	526
2.3.2.3. Schulen nach dem Forstgesetz . . . . .	527
2.3.3. Das Wissenschaftsministerium . . . . .	527
2.3.4. Das Wirtschaftsministerium . . . . .	529
2.3.5. Das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie . . . . .	530
2.3.6. Das Gesundheitsministerium . . . . .	531
2.3.7. Die Koordinationsaufgaben von Bundeskanzler und Finanzminister..	533
f.3. Die Schulbehörden des Bundes in den Ländern und politischen Bezirken....	536
IA 3.1. Die Verankerung in der Bundesverfassung . . . . .	537
•:r- 3.2. Ein verfassungsrechtlicher Mindestaufgabenbereich der Bundes- o schulbehörden . . . . .	538
3.3. Monokratische und kollegiale Strukturen in den Schulbehörden ...	540
∨i'< 3.3.1. Das monokratische System . . . . .	540
3.3.2. Das Kollegial System . . . . .	541
40" 3.3.3. Vor- und Nachteile beider Organisationsarten . . . . .	543
4. Die Landesschulräte . . . . .	544
fc'k <sup>l</sup> 4.1. Örtliche und sachliche Grundzuständigkeiten . . . . .	544
COJ 4.2. Der Landesschulratspräsident . . . . .	546
Ott 4.2.1. Eine institutionelle Verschränkung . . . . .	546
£fd 4.2.2. Die Aufgaben des Landesschulratspräsidenten . . . . .	550
\$' ' 4.2.3. Das Notverordnungsrecht und „§ 7-Entscheidungen“ . . . . .	551
4.2.4. Weisungsgebundenheit und Weisungsfreiheit . . . . .	552
Rechtliche Verantwortung vor dem Verfassungsgerichtshof . . . . .	554
Der Amtsführende Landesschulratspräsident . . . . .	557
II., Die Aufgaben des Amtsführenden Präsidenten . . . . .	557
Das Alter ego des Präsidenten . . . . .	560
Weisungen des Präsidenten an „seinen“ Amtsführenden Präsidenten..	561

4.3.3.1.	Stellvertretung oder eigene Zuständigkeit	562
4.3.3.2.	Rechtsinstrumente zur Interessendurchsetzung	563
4.3.3.3.	Ein Vergleich mit dem Oberbefehl über das Bundesheer	564
4.4.	Der Vizepräsident des Landesschulrates	566
4.5.	Das Kollegium des Landesschulrates	568
4.5.1.	Eine verwaltungsrechtliche Sonderkonstruktion	568
4.5.1.1.	Organisationskompetenz des Landes für eine Bundesbehörde	570
4.5.1.2.	Eine beschränkte Weisungsfreiheit	570
4.5.1.3.	Begründungspflicht für eine Weisung wegen Gesetzeswidrigkeit...	571
4.5.1.4.	Organbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof	572
4.5.1.5.	Amtsbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof	574
4.5.1.6.	Selbstverwaltungsähnliche Einrichtungen	575
4.5.2.	Der Bestellungsverfahren	577
4.5.3.	Die stimmberechtigten Mitglieder der Kollegien	579
4.5.3.1.	Träger des politischen Willens	579
4.5.3.2.	Fraktionen und Sektionen	580
4.5.3.3.	Funktionsdauer und Funktionsabgeltung	580
4.5.3.4.	Der doppelte Proporz	581
4.5.3.5.	Die politischen Parteien im Kollegium	582
4.5.4.	Die beratenden Mitglieder	584
4.5.4.1.	Vertreter der Kirchen	584
4.5.4.2.	Schulverwaltungsbeamte und Kammervereine	586
4.5.4.3.	„Weitere“ Mitglieder	586
4.5.4.4.	Die Funktion der beratenden Mitglieder	588
4.5.5.	Aufgaben des Kollegiums	589
4.5.5.1.	Erlassen von Verordnungen	589
4.5.5.2.	Erlassung von allgemeinen Weisungen	592
4.5.5.3.	Bestellung von „Funktionären“	593
4.5.5.4.	Erstattung von Dreiervorschlägen bei Ernennungen	593
4.5.5.5.	Weitere Zuständigkeiten	594
4.5.5.6.	Politisches Gewicht der Kollegialentscheidungen	595
4.5.6.	Verschwiegenheitspflicht der Kollegiumsmitglieder	596
4.5.7.	Freies oder gebundenes Mandat? Repräsentation oder Interessenvertretung?	597
4.5.8.	Die Schulratskollegien als Partizipationsmodell für die Verwaltung?	602
4.5.8.1.	Das Prinzip der Gewaltenteilung oder: die Trennung von Verwaltung und Repräsentation	602
4.5.8.2.	Die Kollegien - ein Mix aus Beirat und Verwaltungsorgan	607
4.5.8.3.	Vorteile der Partizipation in der Schulverwaltung	610
4.5.8.4.	Nachteile der Partizipation in der Schulverwaltung	613
Die Bezirksschulräte		619
5.1.	Örtliche und sachliche Zuständigkeit	619
5.2.	Der Stadtschulrat für Wien	620
5.3.	Die Organe des Bezirksschulrates	621
5.3.1.	Der Vorsitzende des Bezirksschulrates	622
5.3.2.	Das Kollegium des Bezirksschulrates	623
5.3.3.	Das Amt des Bezirksschulrates	625

Verwaltungsstrukturen der Berufspädagogischen und Pädagogischen Akademien	626
6.1. Entwicklungsstationen der nichtuniversitären Lehrerausbildung	626
6.2. Aufgaben und Aufbau	627
6.3. Besondere Verwaltungsstrukturen	628
6.3.1. Das Kuratorium	629
6.3.2. Der ständige Ausschuß	630
Sonderbehörden in der Bundesschulverwaltung	631
7.1. Kommissionen im Weisungszusammenhang des Art 20 Abs 1 B-VG	631
7.2. Weisungsfreigestellte Gutachtkommissionen	633
7.2.1. Die Aufnahmekommissionen	633
7.2.2. Begutachtungs- und Weiterbestellungskommissionen	634
7.3. Weisungsfreie Kollegialorgane mit Imperium	635
7.3.1. Disziplinarkommissionen	636
7.3.2. Leistungsfeststellungskommissionen	638
7.3.3. Berufungskommission	640
7.3.4. Datenschutzeinrichtungen	641
7.3.4.1. Die Kontrollorgane	642
7.3.4.2. Der Datenschutzrat	642
7.3.4.3. Die Datenschutzkommission	643
7.3.4.4. Das Datenverarbeitungsregister	643
7.4. Die Bezügekontrollkommission (Kommission gem Art 59b B-VG)	644
7.5. Die Studienbeihilfenbehörde	646
7.6. Das Bundespensionsamt	648
7.7. Die Gebäudeverwaltung der Bundesschulen	648
7.7.1. Schulgebäudeverwaltung als Auftragsverwaltung	649
7.7.2. Bundesgebäude Verwaltung I und II	650
7.7.3. Die Bundesimmobiliengesellschaft	652
Vertretungsorgane im Rahmen der Schulverwaltung	655
8.1. Die Schülervertretung	655
8.1.1. Die innerschulische Schülermitverwaltung	655
8.1.2. Die überschulische Schülervertretung	655
* 8.1.2.1. Die Vertretungsorgane	655
* 8.1.2.2. Ihre Aufgaben	656
8.1.2.3. Das Fehlen eines Weisungszusammenhanges	657
8.1.2.4. Die Schülervertretung - eine Körperschaft öffentlichen Rechts?...	658
8.1.2.5. Ausbau des Partizipationsgedankens	658
8.2. Die Personalvertretungsorgane	660
8.2.1. Die Aufgabe der Personalvertretung und ihre Abgrenzung zur Gewerkschaft	660
8.2.2. Organe der Personalvertretung	661
8.2.2.1. Der Dienststellenausschuß	662
8.2.2.2. Die Dienststellenversammlung	663
8.2.2.3. Der Fachausschuß	663
8.2.2.4. Der Zentralausschuß	664
8.2.3. Rechtspersönlichkeit und Selbstverwaltung der PV-Organe	665

8.2.4.	Das Zusammenwirken der Personal Vertretungsorgane . . . . .	665
8.2.5.	Die Personalvertretungs-Aufsichtsbehörde . . . . .	666
8.2.6.	Die Personalsvertretungsorgane für die Landeslehrer . . . . .	667
8.3.	Einrichtungen zur Förderung der Gleichbehandlung . . . . .	668
8.3.1.	Die Frau im Bundesdienst . . . . .	668
8.3.2.	Das Diskriminierungsverbot . . . . .	670
8.3.3.	Die Gleichbehandlungskommission . . . . .	671
8.3.4.	Die Gleichbehandlungsbeauftragten . . . . .	672
8.3.5.	Ministerielle und interministerielle Arbeitsgruppe . . . . .	673
8.3.6.	Kontaktfrauen . . . . .	673
9.	Die Schulbehörden der Länder . . . . .	674
9.1.	Die Dienstbehörden für Landeslehrer . . . . .	674
9.1.1.	unmittelbare und mittelbare Landesvollziehung oder die Rolle der Bundesbehörden im Landeslehrerdienstrecht . . . . .	675
9.1.2.	Die allgemeine Landesverwaltung . . . . .	676
9.1.2.1.	Die Landesregierung und ihr Amt . . . . .	676
9.1.2.2.	Die Bezirksverwaltungsbehörden . . . . .	677
9.1.3.	Besondere Zuständigkeitsregelungen im Landeslehrerdienst- hoheitsbereich . . . . .	679
9.1.3.1.	Burgenland . . . . .	680
9.1.3.2.	Vorarlberg . . . . .	680
9.1.3.3.	Salzburg . . . . .	682
9.1.3.4.	Tirol . . . . .	683
9.1.3.5.	Kärnten . . . . .	686
9.1.3.6.	Oberösterreich . . . . .	686
9.1.3.7.	Niederösterreich . . . . .	687
9.1.3.8.	Steiermark . . . . .	687
9.1.3.9.	Wien . . . . .	688
9.1.4.	Leistungsfeststellungs- und Disziplinarbehörden . . . . .	689
9.2.	Die Verwaltung der land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen . . . . .	693
9.2.1.	Die Schulbehörden . . . . .	693
9.2.2.	Der land- und forstwirtschaftliche Schulbeirat . . . . .	693
9.2.3.	Die Schulaufsicht . . . . .	694
9.2.4.	Die Kostentragung für den Lehreraufwand . . . . .	695
9.3.	Die Verwaltungsorganisation für Berufsschulen . . . . .	695
9.3.1.	Berufsschulbeiräte . . . . .	695
9.3.2.	Der Gewerbliche Berufsschulrat in Niederösterreich . . . . .	696
9.3.2.1.	Das Kollegialorgan . . . . .	696
9.3.2.2.	Der Obmann . . . . .	696
9.3.2.3.	Das Amt . . . . .	697
9.3.3.	Sonstige Verwaltungseinrichtungen . . . . .	697
10.	Die Schulverwaltung der Gemeinden . . . . .	698
10.1.	Eigener Wirkungsbereich . . . . .	698
10.1.1.	Die Gemeinde als Schulerhalter . . . . .	699
10.1.2.	Der Kern der Gemeindeselbstverwaltung . . . . .	699
10.1.3.	Gemeindeaufsicht . . . . .	701
10.1.4.	Leistungsansprüche gegenüber der Gemeinde . . . . .	702

10.2.	Übertragener Wirkungsbereich	702
11.	Die Minderheitenschulverwaltung	703
11.1.	Kärnten	705
11.1.1.	Die Utraquistenschule und die Kärntner Schulfrage	705
11.1.2.	Die eigene Schulaufsicht	707
11.1.3.	Das Kärntner Pädagogenmodell - die angenommene Herausforderung	708
11.2.	Burgenland	710
11.2.1.	Vom Landesschulgesetz 1937 zum Minderheitenschulgesetz 1994	710
11.2.2.	Eine eigene Schulaufsicht	712
11.3.	Die Aufforderung zur Mehrsprachigkeit	715
11.4.	Die neue Migration - Schule mit nichtdeutscher Muttersprache	715
11.4.1.	Schulrechtliche Förderungsmöglichkeiten	716
11.4.2.	Grenzen Schulrechtlicher Sonderbehandlung	717
12.	Stiftungen und Fonds im Bereich der Schul Verwaltung	719
12.1.	Stiftungen	719
12.2.	Fonds	720
12.3.	Das österreichische Institut für Schul- und Sportstättenbau	721
13.	Die Kontrolle der Schulverwaltung	722

## VI. Kapitel: Das Amt des Landeschulrates

Das Organtriumvirat	725
1.1. Verfassungsrechtliche Vorgaben	725
1.2. Bundesfinanzgesetz und personelle Ausstattung der Schulbehörden	726
Die Geschäfte des Landesschulrates	727
2.1. Der Begriff der „Geschäfte“	727
2.2. Das Amt - Hilfsorgan oder Behörde	728
Das Personal des Amtes	730
3.1. Die Zuweisung des Personals	730
3.2. Geschäftsverteilung und Personaleinteilung des Amtes	731
3.3. Zulässige und unzulässige Eingriffe in die Geschäftsordnungskompetenz	733
3.3.1. Ursachen für unterschiedliche Binnenstrukturen	733
3.3.2. Versteinerungstendenzen durch das Arbeitsplatzbewertungssystem des Bundes	734
3.3.3. Vereinheitlichungstendenzen	735
<sup>1</sup> Landesschulratsdirektor	736
•4&. Ein rechtskundiger Verwaltungsbeamter	736
;4ät. Der Leiter des inneren Dienstes	738
4&1. Der innere Dienst als (Verfassungs-)Rechtsbegriff	738
12. Die Besorgung der laufenden Angelegenheiten in Selbstverwaltungskörpern	739
1.1. Obmann und leitender Angestellter in der Sozialversicherung	740



4.2.2.2.	Bürgermeister- Leiter des Gemeindeamtes . . . . .	741
4.2.3.	Das Rechtsverhältnis von Landeshauptmann und Landesamtsdi- rektor. . . . .	741
4.2.4.	Kommunikationssysteme des inneren Dienstes. . . . .	744
4.2.5.	Funktionsbereiche des inneren Dienstes im Amt des Landesschul- rates. . . . .	745
4.2.5.1.	Die Funktion des inneren Dienstes. . . . .	745
4.2.5.2.	Eine inhaltliche Konkretisierung . . . . .	747
4.3.	Geschäftskompetenzen eines Generalmanagers. . . . .	750
4.4.	LSR-Direktor und LSR-Präsident - eine Kompetenzabgrenzung... . . . .	752
4.4.1.	Persönlichkeitsprofile von Politikern und Beamten. . . . .	753
4.4.2.	Eine Institutionengarantie. . . . .	754
4.4.3.	Das tägliche Zusammenwirken. . . . .	755
5.	Die rechtskundigen Beamten in der Schul Verwaltung . . . . .	756
5.1.	Die Aufgaben der Juristen. . . . .	756
5.2.	Ein modernes Rollenbild für die Juristen. . . . .	758
6.	Die Schulinspektoren . . . . .	759
6.1.	Rechtliche Voraussetzungen für den Schulaufsichtsdienst . . . . .	759
6.2.	Arten der Schulaufsichtsbeamten. . . . .	759
6.3.	Aufgaben der Schulaufsichtsbeamten . . . . .	761
6.3.1.	Schulinspektion. . . . .	761
6.3.1.1.	Die Rechtsgrundlage. . . . .	761
6.3.1.2.	Inhalt der Schulinspektion . . . . .	763
6.3.1.3.	Die Durchführung . . . . .	763
6.3.2.	Pädagogisch-administrative Aufgaben. . . . .	765
6.3.3.	Die Aufgaben zur Qualitätssicherung . . . . .	766
6.4.	Die Zukunft der Schulaufsicht . . . . .	767
6.4.1.	Die Suche nach einem neuen Rollenbild. . . . .	767
6.4.2.	Trennung von Beratungs- und Dienstrechtskompetenz. . . . .	768
6.4.3.	Die Brückenfunktion. . . . .	769
6.4.4.	Das Schulaufsichtsdilemma . . . . .	771
7.	Die Schulpsychologie - Bildungsberatung . . . . .	773
7.1.	Ziel und Grundstruktur. . . . .	773
7.2.	Aufgabenbereiche. . . . .	774
7.3.	Ein Organisationsstatut mit „Schönheitsfehlern“. . . . .	775
7.4.	Eine gefragte Servicestelle . . . . .	776
8.	Das sonstige „erforderliche Personal“. . . . .	778
8.1.	Der Landesschularzt . . . . .	778
8.2.	Andere Einrichtungen im Rahmen der Schulbehörden . . . . .	780
8.3.	Die aktuelle Personalausstattung . . . . .	781

## Band II

Der Weg zur Reform - Vorwort zum zweiten Band . . . . .	3
Inhaltsverzeichnis . . . . .	5
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	33

### VII. Kapitel: Problemfelder in der Österreichischen Schulverwaltung

1. Veränderungen im Umfeld der Schule . . . . .	41
1.1. Veränderte Werthaltungen . . . . .	42
1.2. Veränderungen in der Familienstruktur . . . . .	44
1.3. Weitere gesellschaftliche Binnenprobleme . . . . .	46
1.4. Österreich in Europa und der Welt . . . . .	48
Kompetenzrechtlich verursachte Dissonanzen in der Schulverwaltung . . . . .	51
2.1. Strukturprobleme und pädagogische Herausforderungen . . . . .	51
2.2. Kompetenzzersplitterungen . . . . .	53
2.3. Das Übergewicht des Bundes . . . . .	53
2.4. Die Verwaltungsaufteilung im postsekundären Bildungsbereich . . . . .	55
2.5. Die Zuständigkeiten für Pädagogische Akademien und Zentral- lehranstalten . . . . .	56
2.5.1. Ein Systembruch . . . . .	56
2.5.2. Eine verfassungswidrige Unterstellung . . . . .	57
2.6. Akademien und (Fach)Hochschulen im Niveauvergleich . . . . .	58
2.7. Der Bestellungsmodus der Kuratorien an den Pädagogischen Aka- demien . . . . .	59
2.8. Das Eigenleben der landwirtschaftlichen Schulen . . . . .	60
2.9. Die Kompetenzen für die Lehrlingsausbildung . . . . .	62
2.10. Die langen Dienst- und Informationswege . . . . .	62
2.10.1. Die Dienstwege . . . . .	62
2.10.2. Nachbesetzungsverfahren freier Planstellen . . . . .	63
£.10.3. Koordination der Datenflüsse . . . . .	67
St.II- Die Gleichwertigkeit der Lehrgänge zur Berufsreifepfung . . . . .	69
Der Einfluß der politischen Parteien und die Gewaltenteilung . . . . .	69
2. Parteipolitik in der Schulverwaltung . . . . .	69
£,12.2. Beamtenfunktionen auf Zeit . . . . .	70
?§U.2.3. Einforderung der Gewaltenteilung in der Schulverwaltung . . . . .	71
organisationsrechtlich geprägte Problemfelder . . . . .	72
\, Dissonanzen im Budgetvollzug . . . . .	72
1.1. Das Fehlen von Haushaltsrücklagemöglichkeiten . . . . .	73
,2. Weiterhin zentrale Budgetentscheidungen und -vorgaben . . . . .	73
.3. Ein Grundbudget zur Sicherung der Budgetautonomie . . . . .	74
Integration behinderter Kinder in allgemeine Schulen . . . . .	75
X Die rechtliche Ausgangslage . . . . .	75
Strukturprobleme der Integration . . . . .	77
,4 Schulzeitrechtliche Barrieren . . . . .	80

3.4.	Alternative Privatschulen . . . . .	81
3.4.1.	Eine Herausforderung für die öffentliche Schule. . . . .	81
3.4.2.	Die Gleichwertigkeitsprüfung . . . . .	82
3.4.3.	Das Fehlen eines allgemeinen Subventionsanspruches. . . . .	83
3.5.	Schulversuche mit Legalitätsproblemen. . . . .	83
3.6.	Das 9. Jahr der Schulpflicht . . . . .	86
3.6.1.	Die Polytechnische Schule. . . . .	86
3.6.2.	Die 1. Stufe der mittleren und höheren Schulen. . . . .	88
3.7.	Berufsorientierung, Schullaufbahnberatung und Aufnahmeprüfung... . . . .	88
3.8.	Die Durchlässigkeit des Schulwesens für Berufs- und Fachschüler . . . . .	90
3.9.	Neugliederung des berufsbildenden Schulwesens. . . . .	92
3.10.	Die Schulgeldfreiheit auf dem Prüfstand. . . . .	92

## **VIII. Kapitel: Dezentralisierung in anderen europäischen Schulverwaltungen**

1.	Zuständigkeiten im Bereich der allgemeinen Schul Verwaltung . . . . .	97
1.1.	Typen von Bildungsverwaltungssystemen. . . . .	98
1.1.1.	Zentralistische Verwaltungssysteme. . . . .	99
1.1.2.	Verwaltung mit zentraler und regionaler Ebene. . . . .	101
1.1.3.	Dezentralisierte Verwaltungssysteme. . . . .	102
1.2.	Schulaufsicht und externe Evaluierung . . . . .	103
1.2.1.	Funktion und Rolle der Schulaufsichtsbeamten. . . . .	104
1.2.2.	Externe Evaluierung (Schulaufsichtsbehörden). . . . .	106
1.2.3.	Interne Evaluation. . . . .	109
1.3.	Verwaltung in der Schule. . . . .	110
1.3.1.	Die Rolle des Schulleiters. . . . .	110
1.3.2.	Gremien der Schulpartnerschaft (Schulkonferenz). . . . .	112
1.3.3.	Koordinierungs- und Beratungsorgane für Erziehung und Unterricht . . . . .	113
1.4.	Administrative Dezentralisierung und Schulautonomie. . . . .	114
1.5.	Entwicklungstendenzen . . . . .	116
2.	Die österreichischen Bildungsnachbarn in der EU. . . . .	117
2.1.	Schulverwaltung in der Bundesrepublik Deutschland. . . . .	117
2.1.1.	Die Bundeskompetenz und die starke Stellung der Länder. . . . .	117
2.1.2.	Besondere Länderkooperationen. . . . .	122
2.1.2.1.	Zusammenwirken von Bund und Ländern. . . . .	122
2.1.2.2.	Die Kultusministerkonferenz. . . . .	123
2.1.3.	Trägerschaft, Verwaltung und Aufsicht . . . . .	125
2.1.3.1.	Allgemeinbildende Schulen. . . . .	125
2.1.3.2.	Berufliche Bildung . . . . .	127
2.1.4.	Die deutsche Einheit - ein Testfall für den kooperativen Bundesstaat . . . . .	128
2.2.	Schulverwaltung in Italien . . . . .	129
2.2.1.	Ein dezentralisierter Einheitsstaat . . . . .	129
2.2.1.1.	Die Verteilung der Kompetenzen . . . . .	129
2.2.1.2.	Dezentralisierungstendenzen in der Schulverwaltungsstruktur. . . . .	130

2.2.2.	Zentrale Verwaltung	133
2.2.3.	Zentrale Beratungsgremien	134
2.2.4.	Bildungsverwaltung auf der Ebene der Regionen und Provinzen...	134
2.3.	Die Schulverwaltung in Südtirol	136
2.3.1.	Ein kurzer Rückblick	137
2.3.2.	Die Sonderstellung Südtirols in Italien	138
2.3.3.	Besonderheiten in der Schulverwaltung	141
2.3.3.1.	Gesetzgebungsbefugnisse des Landes	142
2.3.3.2.	Muttersprachlicher Unterricht und Zweisprachunterricht	143
2.3.3.3.	Muttersprache der Lehrer	144
2.3.3.4.	Verschiedene Arbeitgeber	144
2.3.3.5.	Getrennte Schulverwaltungen	145
2.3.4.	Die Verwaltung der deutschsprachigen Schule Südtirols	146
2.3.4.1.	Zuständigkeiten der Landesregierung	146
2.3.4.2.	Zuständigkeiten des Unterrichtsministeriums	146
2.3.4.3.	Das Schulamt für die deutsche Schule	147
2.3.4.4.	Die Schulinspektoren	148
2.3.5.	Der Landesschulrat	149
2.3.6.	Personalräte	150
2.3.7.	Schulische Mitbestimmungsgremien	151
2.3.8.	Vertiefung der Zusammenarbeit von Tirol und Südtirol	152
	Beispiele zentraler und dezentraler Schul Verwaltung in der EU	153
<i>ir</i>	3.1. Belgien	153
	3.1.1. Ein neuer Bundesstaat	153
	3.1.2. Drei Bildungssysteme	153
	3.1.3. Drei Schulaufsichtssysteme	155
	3.2. Frankreich	156
	3.2.1. Dezentralisation auch in Frankreich	156
<i>b</i>	3.2.2. Zentrale Behörden	158
	3.2.2.1. Das Bildungsministerium	158
	3.2.2.2. Die oberste Schulaufsichtsbehörde (Inspection generale)	159
	3.2.2.3. Beratungsgremien	159
	3.2.3. Regionale Behörden	160
	3.2.4. Die innerschulische Verwaltungsorganisation	162
	3.2.5. Die Privatschulen	163
	3.3. Niederlande	163
	3.3.1. Die herausragende Rolle des Privatschulwesens	164
	•3.3.1.1. Die Freiheit des Bildungswesens	164
	3.3.1.2. Der Rest an Gemeinsamkeit	165
	§.3.1.3. (K)Ein Vergleich mit dem österreichischen Privatschulrecht	166
	Eine Kombination von Zentralstaat und Lokal Verwaltung	167
	Beratungsgremien und unterstützende Dienste	169
	Ö.4. Schulaufsicht	170
M.	Spanien	171
	Staatliche Zuständigkeiten	171
	1.2. Die Zuständigkeiten der Autonomen Gemeinschaften	172
	1.3. Ministerium für Bildung und Wissenschaft	174
	1.4. Beratungsgremien	175

3.4.5.	Regionale Ebene - Autonome Gemeinschaften	175
3.4.5.1.	Vollzuständige Gemeinschaften	175
3.4.5.2.	Teilzuständige Gemeinschaften	176
3.4.6.	Schulaufsicht	176
3.4.7.	Neue Gesetze im Bildungsbereich	177
3.5.	Portugal	179
3.5.1.	Einführung regionaler Schulbehörden	179
3.5.2.	Zentrale Verwaltung	181
3.6.	Vereinigtes Königreich	182
3.6.1.	Education (Reform) Act	182
3.6.2.	England, Wales und Nordirland	185
3.6.2.1.	Zentrale Behörden	185
3.6.2.2.	Schulaufsicht	186
3.6.2.3.	Örtliche/regionale Bildungsbehörden	188
3.6.2.4.	Die Schulverwaltungsräte	190
3.6.2.5.	Grant-maintained schools	192
3.6.2.6.	Independent schools	192
3.6.2.7.	Further education institutions	193
3.6.2.8.	Die Sondersituation in Nordirland	193
3.6.3.	Schottland	194
3.6.3.1.	Zentrale und regionale Zuständigkeiten	195
3.6.3.2.	Die School Boards	196
3.6.3.3.	Schulen mit Selbstverwaltung (self-governing schools)	196
4.	(K)Ein Vorbild für Österreich	196

## IX. Kapitel:

### Notwendige Strukturänderungen für eine moderne Schulverwaltung

1.	Das Subsidiaritätsprinzip als Ordnungsmaßstab	202
1.1.	Das Zwiebelchalenkonzept	203
1.2.	Die gegliederte Demokratie	204
1.3.	Schlüssel für eine sinnvolle Aufgabenverteilung	205
2.	Umstrukturierung der Zuständigkeiten von BMUKA - LSR - Schule	206
2.1.	Eine neue Aufgabenverteilung	206
2.2.	Ein allgemeines Aufgabenzuordnungsprinzip	208
2.3.	Anwendungsbeispiele für das Zuordnungsprinzip	209
2.4.	Kostenrechnung für die Schulen als Beitrag eines Qualitätssicherungsprozesses	210
2.5.	Delegation des Ernennungsrechtes von Beamten an die Landeschulräte	213
2.5.1.	Ernennungen in der Allgemeinen Verwaltung	215
2.5.2.	Ernennungen im Lehrerbereich	216
2.6.	Strategische Aufgaben für Landes- und Bezirksschulräte	217
2.7.	Zusammenführung der zentralen Bundeszuständigkeiten	218
2.8.	Das magische Dreieck der Kompetenzverteilung	218
3.	Schulbehörden mit Holdingcharakter?	219

3.1.	Der Begriff der Holding im Gesellschaftsrecht . . . . .	220
3.2.	Die Schulholding als Finanz- oder Führungsholding . . . . .	221
3.3.	Abgrenzung von strategischen und operativen Führungsaufgaben..	222
3.3.1.	Strategische Aufgaben des Unterrichtsministeriums . . . . .	224
3.3.2.	Operationale Aufgaben der nachgeordneten Schulbehörden . . . . .	224
3.3.3.	Taktische Planung - als Bindeglied . . . . .	225
3.3.4.	Strategisches und operatives Controlling . . . . .	226
3.3.4.1.	Aufteilung der Controlling Funktionen in der Schulverwaltung....	227
3.3.4.2.	Controlling in einer dezentralisierten Schulverwaltung . . . . .	228
3.4.	Schulholding als Dach- oder Zwischenholding . . . . .	231
3.5.	Vorteile einer Holdingstruktur in der Schulverwaltung . . . . .	233
3.5.1.	Entscheidungsautonomie . . . . .	233
3.5.2.	Informationsautonomie . . . . .	234
3.5.3.	Reduzierung und Beherrschung von Komplexitäts- und Risikofaktoren . . . . .	234
3.5.4.	Erhöhung der Motivation auf den sachgeordneten Unternehmensebenen . . . . .	235
3.6.	Der Holdingbegriff als Arbeitstitel . . . . .	235
4.	Stärkung der innerschulischen Verwaltungsstrukturen . . . . .	238
4.1.	Die Frage nach der Adäquanz innerschulischer Strukturen . . . . .	238
4.2.	Der Schulleiter als Schlüsselfigur und Schwachstelle . . . . .	240
4.3.	Vorgegebene hierarchische Strukturen . . . . .	241
4.4.	Hierarchische Strukturen ohne Gesetzesgrundlage . . . . .	242
4.5.	Aufgaben eines „Gruppenleiters“. . . . .	243
4.6.	Stärkung der Funktion des Klassenvorstandes . . . . .	243
4.7.	Ein Netzwerk schulinterner Verwaltung . . . . .	244
4.8.	Komplementäre interne und externe Strukturen . . . . .	245

;fr

## X. Kapitel:

### Die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung als Grundlage für eine moderne Schulverwaltung

Stärkung der Landeskompetenzen im österreichischen Schulwesen . . . . .	249
1.1. Das Konzept der mittelbaren Bundesverwaltung . . . . .	251
1.2. Einbindung des Schulwesens in Artikel 11 B-VG . . . . .	254
1.3. Einbindung des Schulwesens in Artikel 12 B-VG . . . . .	255
1.4. Abgrenzung Grundsatzgesetzgebung - Ausführungsgesetzgebung . . . . .	257
1.5. Verwirklichung eines Teilungsmodells der Gesetzgebungskompetenz . . . . .	260
1.5.1. Das Modell der Rahmengesetzgebung . . . . .	261
1.5.2. Das Modell der Bedarfsgesetzgebung . . . . .	261
1.5.3. Das Modell der konkurrierenden Kompetenzen . . . . .	262
Das Modell der Gesetzesdelegation . . . . .	263
Würdigung der Teilungsmodelle unter schulverfassungspolitischen Gesichtspunkten . . . . .	263
Vorteile einer Stärkung der Länderrechte im Schulwesen . . . . .	264
1.5.3. Nachteile einer stärkeren Verländerung . . . . .	265

1.8.	Hürden auf dem Weg der Verländerung	266
2.	Die Einbindung des landwirtschaftlichen Schulwesens in die allgemeine Unterrichtsverwaltung	269
3.	Neue Vertragsformen für die Schulverwaltung	270
3.1.	Öffentlich-rechtliche Vertragsformen	270
3.1.1.	Koordinationsrechtlicher und subordinationsrechtlicher Verwaltungsvertrag	270
3.1.2.	Ein weites Feld verwaltungsrechtlicher Zusammenarbeit	271
3.1.3.	Möglichkeiten öffentlich-rechtlicher Zusammenarbeit im Schulwesen	272
3.2.	Ein „Schulprivatrecht“	276
4.	Beendigung des Verfassungsprovisoriums für die Erwachsenenbildung und die außerschulische Jugendberziehung	277
5.	Ein einheitliches Lehrdienstrecht	280
5.1.	Das „Zwei-Klassen“-Dienstrecht oder Zuständigkeitsbarrieren im Lehrerdienst	280
5.2.	Verwirklichung des Harmonisierungsgebotes im Lehrerdienstrecht...	282
6.	Der Landesschulrat als Sonderbehörde des Landes	284
6.1.	Eine neue Grundstruktur	284
6.1.1.	Beseitigung von Doppelgleisigkeiten	284
6.1.2.	Integration als Ansatz zur Schulverwaltungsreform	284
6.1.3.	Abschaffung des Landesschulrates	285
6.1.4.	Eine Landessonderbehörde	286
6.1.5.	Partizipation in der Schulverwaltung ohne Parteipolitik	288
6.1.5.1.	Entparteiopolitisierung der Kollegien	288
6.1.5.2.	Ein Landesschulgemeinschaftsausschuß	291
6.1.6.	Eine Kollegialbehörde mit richterlichem Einschlag beim Landesschulrat	292
6.2.	Alte und neue Verantwortungsstrukturen für den (Amtsführenden) Präsidenten	294;
6.2.1.	Entideologisierung durch eine beamtete Behördenleitung	294 j
6.2.2.	Gründe für die Beibehaltung einer politischen Behördenleitung	295 l
6.2.2.1.	Ankerfunktion	295 j
6.2.2.2.	Abgrenzungsfunktion	295 j
6.2.2.3.	Die „Regenschirmfunktion“ oder der Präsident als Element der Selbstverwaltung	2S
6.2.2.4.	Eine direkte Verantwortungsfunktion	2S
6.3.	Abschaffen oder aufwerten: Der Vizepräsident	297!
6.4.	Das Gesamtbild Landesschulrat-neu	2S
7.	Verfassungsrechtliche Verankerung der Schulautonomie	25
7.1.	Verankerung der Weisungsfreiheit der Schule	
7.2.	Die Einrichtung der Schule als Selbstverwaltungskörper	301
7.2.1.	Selbstverwaltung als Alternative zu direkter Staatsverwaltung	301
7.2.2.	Einrichtung schulischer Selbstverwaltung durch einfaches oder Verfassungs-Gesetz	
7.3.	Verankerung der pädagogischen Freiheit der Lehrer	
7.3.1.	Rechtsstaatsprinzip und pädagogische Verantwortung - ein Spannungsfeld	3C

7.3.1.1.	Ein neues Rollenverständnis . . . . .	306
7.3.1.2.	Die pädagogische Verantwortung im Schulunterrichtsgesetz . . . . .	306
7.3.1.3.	Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung . . . . .	307
7.3.1.4.	Lehrfreiheit im Sinne des Art 17 StGG . . . . .	307
7.3.1.5.	Der Lehrer als pädagogischer Arzt . . . . .	308
7.3.1.6.	Die pädagogische Freiheit als verfassungsrechtlich positiver Wert . . . . .	309
7.3.2.	Konzepte für eine einfachgesetzliche Lösung . . . . .	310
7.3.3.	Ein Ruf nach dem Verfassungsgesetzgeber . . . . .	312
7.3.4.	Grenzen der pädagogischen Freiheit . . . . .	314
7.4.	Verwaltungsmäßige Schulautonomie . . . . .	315
7.5.	Vertiefung der Teilrechtsfähigkeit der Schulen . . . . .	316
7.5.1.	Die Teilrechtsfähigkeit der Universitäten . . . . .	317
7.5.2.	Die Rechtspersönlichkeit der Bundesmuseen . . . . .	320
7.5.3.	Weitere Teilrechtsbereiche für die Schulen . . . . .	321
7.5.4.	Teilrechtsfähigkeit und zweckgebundene Gebarung im Pflichtschulbereich . . . . .	324
7.6.	Die Wesentlichkeitstheorie . . . . .	325
y.. 7.7.	Schranken und Grenzen einer Ausweitung der Schulautonomie....	327
-^: 7.7.1.	Schranken aus dem Wesen der öffentlichen Schule . . . . .	327
tf-, 1.12.	Materiell Öffentlichrechtliches in privater Form . . . . .	328
y' 7.7.3.	Unkontrollierbare Satelliten - Schranken aus der Organisationsgewalt . . . . .	329
7.7.4.	Die Demokratie-Schranke . . . . .	330
7.7.5.	Gesetzmäßigkeit und Rechtsschutz . . . . .	331
7.7.6.	Die Föderalismussschranke und die Wahrung der staatlichen Souveränität . . . . .	333
7.7.7.	Grundrechtsschranke . . . . .	334
jt	Neubestimmung von „öffentlicher und privater Schule“ . . . . .	335
	Verfassungsrechtliche Verankerung eines neuen Schulbegriffes....	336
J.2.	Die Entwicklung des Begriffes der öffentlichen Schule . . . . .	336
\beta.	Die Notwendigkeit eines erweiterten Öffentlichkeitsbegriffes . . . . .	337
i.4.	Verfassungsrechtliche Erziehungsziele . . . . .	339
f	neue Qualität der Schulaufsicht . . . . .	341
	Evaluation als Preis der Autonomie . . . . .	341
	Systemberatung und Systemkontrolle . . . . .	342
j	Landesschulaufsicht . . . . .	344
	rio einer Schulaufsicht - neu . . . . .	345
	lgsbereich - ohne Mitwirkung der Länder? . . . . .	346
	jhulwesen . . . . .	346
	:hschulen . . . . .	348
i	JIMCfthochschul-Studiengängegesetz . . . . .	348
	türkung der Länder . . . . .	349
	tion der gesamten Lehrerbildung durch die LSR . . . . .	350
	hing der Lehramtsprüfungskommissionen . . . . .	351
	jsgesetzgebung - Stütze oder Klumpfuß? . . . . .	352
	Verfassung . . . . .	356
	Jeich. . . . .	356
	ig von Aufgabenkompetenz und Finanzhoheit . . . . .	358



## XI. Kapitel: Auswirkungen des EU-Beitrittes auf das österreichische Schulwesen

1. Bildungsspuren auf dem Weg nach Europa . . . . .	361
2. Die Struktur der EU als Vertragsgemeinschaft . . . . .	364
3. Auswirkungen des Vertrages von Amsterdam auf die Bildung . . . . .	366
3.1. Ein weiterer Schritt der europäischen Integration . . . . .	366
3.2. Materielle und strukturelle Änderungen . . . . .	367
3.3. Verstärkung des Grundrechtsschutzes und der Subsidiarität . . . . .	368
3.4. Vereinfachung und Kodifizierung der Verträge . . . . .	369
4. EU-Anpassungen im Schulbereich . . . . .	369
4.1. Der EU-Lehrer oder das Recht auf Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die Beschäftigung in der öffentlichen (Schul-)Verwaltung . . . . .	369
4.1.1. Das Recht auf Freizügigkeit der Arbeitnehmer . . . . .	369
4.1.2. Einschränkung der Feizügigkeit in der öffentlichen Verwaltung . . . . .	371
4.1.3. Das EWR-Dienstrechtsanpassungsgesetz . . . . .	372
4.1.4. Das Unterrichtspraktikum für allgemeinbildende Lehrer . . . . .	373
4.1.5. Ausstellung eines Dienstzettels für Fremdsprachenassistenten . . . . .	374
4.2. Der Gleichbehandlungsgrundsatz im Bildungswesen . . . . .	374
4.2.1. Nichtdiskriminierung im Schülerbeihilfenwesen . . . . .	374
4.2.1.1. Anpassungen bei Schul- und Heimbeihilfen . . . . .	376
4.2.1.2. Konformität bei Schülerfreifahrt und Gratisschulbuch . . . . .	376
4.2.2. Aufnahme in eine öffentliche Schule . . . . .	377
4.2.3. Privatschulgesetz . . . . .	377
4.3. Erziehung zur Gleichstellung von Frauen und Männern . . . . .	378
4.4. Reiseerleichterungen für Schüler aus Drittländern . . . . .	380
4.5. Einbindung der Länder in EU-Bildungsfragen . . . . .	380
5. Subsidiarität als Handlungsprinzip der EU . . . . .	382
5.1. Regionalistische Tendenzwende in Europa . . . . .	382
5.2. Subsidiarität nach Maastricht . . . . .	382
5.2.1. Die Verankerung der Subsidiarität im EU-Vertrag . . . . .	382
5.2.2. Der Artikel 3b EGV . . . . .	382
5.2.3. Justitiabilität des Subsidiaritätsprinzips . . . . .	382
5.3. Die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips durch den Vertrag von Amsterdam . . . . .	382
5.4. Der Grundsatz der Gemeinschaftstreue . . . . .	382
5.5. Der Ausschuß der Regionen . . . . .	382
5.6. Subsidiarität als Bauprinzip eines europäischen (Bildungs-)Föderalismus . . . . .	382
6. Allgemeine und berufliche Bildung im EG-Vertrag . . . . .	382
6.1. Die Regelungen in den römischen Verträgen . . . . .	382
6.2. Bildungskompetenzen nach den Verträgen von Maastricht und Amsterdam . . . . .	382
6.2.1. Die Bildungskompetenzen der EG . . . . .	382
6.2.2. Verstärkung des Einflusses von Parlament und des Ausschusses der Regionen . . . . .	382
Das Bildungswesen berührende Verfahrensfragen und andere Grundbegriffe im EG-Vertrag . . . . .	382

7.1.	Die Handlungsformen und ihre Wirkung	398
7.2.	Die Rechtsetzungsverfahren im EGV	401
7.2.1.	Das Verfahren der Anhörung	402
7.2.2.	Das Verfahren der Mitentscheidung	402
7.2.3.	Das Verfahren der Zusammenarbeit	403
7.3.	Auswirkungen der Verfahrensfragen	404
7.4.	Die normative Wirkung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs	406
8.	Die gegenseitige Anerkennung von Diplomen	408
8.1.	Entwicklung der Anerkennungsregelungen	408
8.1.1.	Die Übergangsrichtlinien	410
8.1.2.	Sektorielle Richtlinien	410
8.1.3.	Horizontale Richtlinien	411
8.1.4.	Vertragsgrundlagen für die Anerkennungsrichtlinien	412
8.2.	Akademische und berufliche Anerkennung	412
8.3.	Hochschul- und Diplomanerkennung	414
<f 8.3.1.	Hochschul- und Diplomanerkennungsrichtlinien	414
gf 8.3.1.1.	Ausgleichsmaßnahmen	415
8.3.1.2.	Die Durchstiegsregel	416
8.3.2.	Die europäische Anerkennung der berufsbildenden Schulen Österreichs	417
8.3.2.1.	Antrag C und D der Richtlinie 92/51/EWG	417
8.3.2.2.	Die Gleichstellung der höheren berufsbildenden Schulen	418
8.4.	Die Anerkennung im öffentlichen Dienst	418
8.5.	Der Lehrerberuf in der EU	419
<b>8.5.1.</b>	Das Fehlen eines einheitlichen Lehrerbegriffes	419
<b>8.5.2.</b>	Die Lehrerausbildung in den Mitgliedstaaten	420
<b>8.5.3.</b>	Die gegenseitige Anerkennung der Lehrerausbildung	421
£.6.	Die Gleichstellungsverfahren	422
<b>8,6.1.</b>	Vorschreibung von Ausgleichsmaßnahmen	423
<b>fl.6.2.</b>	'Einspänner' und die Zweifächerkombination	424
M>.3.	Die Schwerfälligkeit des Anerkennungsverfahrens kontra Dienstleistungsfreiheit	425
	iigseinrichtungen der EU	426
	Das Europakolleg	427
	Das Europäische Universitätsinstitut	427
<b>Jinfluß</b>	der EU auf die österreichische Schulverwaltung	428
	Der sanfte Druck	428
	Bildungsforschung in Europa	429
	EURIDICE	429
	CEDEFOP	430
	Die OECD und das Zentrum für Forschung und Innovation im Bildungswesen	431
	<b>Die Bildungsprogramme der EU</b>	432
	* <b>Pas</b> Entstehen der Bildungsprogramme	432
	<b>Das Bildungsprogramm SOKRATES</b>	434
	<b>ERASMUS</b>	434
	<b>„COMENIUS</b>	436
	<b>„UNGUIA, EURYDICE, ARION und NARIC</b>	437

10.3.3.	Das Bildungsprogramm LEONARDO. . . . .	439
10.3.4.	Weitere Aktionsprogramme im Bildungsbereich. . . . .	441
10.3.5.	Ein Europa des Wissens. . . . .	442
10.3.6.	Das Büro für Europäische Bildungskooperation. . . . .	443
10.4.	Steigende Bedeutung der Lehrerfortbildung. . . . .	445
10.5.	Europäischer Raum der Qualifikationen. . . . .	446
10.5.1.	Vermehrte Transparenz der Kompetenz des einzelnen. . . . .	446
10.5.2.	Ein Berufsbildungs-Paß. . . . .	447
10.6.	Anpassung von Ausbildungsstrukturen an EU-Standards. . . . .	448
10.7.	Ein Hoffnungsschimmer für die Erwachsenenbildung. . . . .	449
10.8.	Ausbau des Fernunterrichts. . . . .	451
10.9.	Strategien gegen Schulversagen. . . . .	452
10.10.	Schulwechsel. . . . .	454
11.	Europabewußtsein und Heimatverbundenheit. . . . .	454
11.1.	Die europäische Dimension in der Bildung. . . . .	455
11.2.	Der neue Regionalisierungsdruck des EU- Binnenmarktes. . . . .	456
11.3.	Investieren, Verbessern, Transparentmachen. . . . .	458

## **XII. Kapitel: Schule und Schulbehörden - zwei starke Partner**

1.	Die Verwaltung als Rückgrat jeden Schulbetriebes. . . . .	459J
2.	Einheit in der Vielfalt oder eine kooperative Autonomie. . . . .	461 \
3.	Die Entwicklung zum differenzierten und kooperativen Schulsystem. . . . .	462I
4.	Vertrauen in die Selbstregulierungskräfte der Länder. . . . .	465!
5.	Verknüpfung von Regionalisierung und Schulautonomie. . . . .	467J
6.	Eine schlanke Schulverwaltung. . . . .	469J
6.1.	Verwaltung im Wohlfahrtsstaat. . . . .	47C
6.2.	Das Konzept des Lean Management. . . . .	471j
7.	Organisationsentwicklung in der Schulverwaltung. . . . .	472
8.	Ein Leitbild für die Schulbehörden. . . . .	474
8.1.	Identitätsstiftung in wettbewerbsbeeinflußten Steuerungsstrukturen... . . . .	475
8.2.	Leitbildhierarchie. . . . .	475I
8.3.	Schulverwaltung als öffentlicher Dienst. . . . .	47!
9.	Hebung des Marktwertes von Schule und Schulverwaltung. . . . .	47I
9.1.	Unternehmensidentität und Imagepflege. . . . .	47I
9.2.	Zielbestimmung vor Organisationsreform. . . . .	4I
10.	Realisierungschancen einer großen Schulreform. . . . .	47S
10.1.	Stand der politischen Aktien für eine Reform. . . . .	48
10.2.	Die Grundpfeiler der Reform. . . . .	48I
10.3.	Das Einmaleins einer Schul Verwaltungsreform. . . . .	
10.4.	Die Unentbehrlichen für eine Reform - Veränderung der Mentalität .. . . .	483
10.4.1.	Die Lehrerschaft. . . . .	48
10.4.2.	Die Mitarbeiter in den Schulbehörden. . . . .	48
10.4.3.	Die Politiker. . . . .	
10.4.4.	Die Länder. . . . .	

10.5.	Wider die menschliche Ermüdung	488
10.6.	Was auf Verwirklichung hoffen läßt	489
11.	Ein differenziertes Legalitätsprinzip	489
11.1.	Zwischen den Eigengesetzlichkeiten von Schule und Rechtsstaat..	489
11.2.	Das Lied von der Verrechtlichung der Schule	490
11.3.	Der Ausgleich von Freiheit und Bindung	491
12.	Der Raum für schulische Selbstverwaltung trotz Gesetzmäßigkeitsprinzip ...	493
12.1.	Die autonome Schule in einem Kammersystem	494
12.2.	Die Steuerkräfte von Staat und Markt in Balance	495
13.	Das Ziel: eine gute, humane, verrechtlichte und gerechte Schule	496
13.1.	Die gute Schule	496
13.2.	Die humane Schule	497
13.3.	Die verrechtlichte Schule	498
<b>13.4.</b>	<b>Die gerechte Schule</b>	<b>498</b>
	Schule und Demokratie	499
<b>14.1.</b>	<b>Die Bedeutung der Schule für Staat und Demokratie</b>	<b>499</b>
<b>14.2.</b>	<b>Der Beitrag der Schule zur Sicherung der Freiheit</b>	<b>501</b>
<b>14.3.</b>	<b>Motivation durch das Recht - Festigung der Rechtsgesinnung</b> ....	<b>501</b>
<b>14.4.</b>	<b>Schola semper reformanda</b>	<b>503</b>
	.....	505
	<b>und Literaturverzeichnis</b>	<b>519</b>
	sichnis	579